

Beschlussvorlage

Organisationseinheit Kämmereiamt / Finanzverwaltung	Datum 09.07.2020	Drucksachen-Nr. 2020/104/1
--	---------------------	--------------------------------------

⇅ Beratungsfolge	⇅ Sitzungsart	⇅ Sitzungstermin/e
Verwaltungs- und Finanzausschuss	nicht öffentlich	13.07.2020
Kreistag	öffentlich	27.07.2020

Tagesordnungspunkt 8

Kreishaushalt - Jahresabschluss 2018;

- a) Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen**
- b) Vorlage des Jahresabschlusses**
- c) Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses**
- d) Feststellung des Jahresabschlusses**

Beschlussvorschlag

Zu a) und b)

Der Jahresabschluss inklusive aller Erläuterungen und Anlagen wird zur Kenntnis genommen.

Zu c)

Der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses wird zur Kenntnis genommen.

Zu d)

Der vorgelegte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 wird festgestellt.

Vorberatung

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat am 13.07.2020 vorberaten. Er empfiehlt einstimmig den Beschlussvorschlag.

Sachverhalt

a) und b)

In der Ergebnisrechnung 2018 ergibt sich ein **ordentliches Ergebnis** in Höhe von rd. 16,2 Mio. EUR. Im **Sonderergebnis** ergab sich ein Überschuss in Höhe von rd. 7.077 EUR. Das Gesamtergebnis wurde gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO der Rücklage aus Überschüssen zugeführt.

Die wesentlichen Veränderungen während des Haushaltsvollzugs 2018 waren folgende:

Mehrerträge	Verbesserung Mio. EUR	Verschlechterung Mio. EUR
Zuweisungen aus der Grunderwerbsteuer	+ 3,8	
Schlüsselzuweisungen FAG, Status quo-Ausgleich	+ 2,2	
Bußgelder	+ 0,2	
Privatrechtliche Leistungsentgelte wie Mieten und Schadenersätze	+ 0,4	
Sonstige ordentliche Erträge wie Auflösung von Wertberichtigungen	+ 0,6	
SGB XII - Zuweisungen vom Land, Erstattungen von Gemeinden, Transfererträge	+ 1,9	
SGB II - Leistungen des Landes, Transfererträge, Kostenerstattungen	+ 1,2	
Amt für Kinder, Jugend und Familie - FAG-Zuweisungen, Kostenerstattungen von Land und Gemeinden	+ 2,9	
Amt für Migration und Integration - Zuweisungen von Land und Gden, Leistungen v. Sozialleistungsträgern, Kostenerstattungen	+ 1,4	

Mindererträge		
Amt für Kinder, Jugend und Familie - Transfererträge		- 0,7
Schülerbeförderung - Kostenerstattungen (insb. Verbundzuschlag)		- 0,8

Mehraufwendungen		
Sonderabschreibungen Abbaukonzept Asyl / GUs		- 3,3
Gesundheitsverbund - Bildung einer Rückstellung		- 5,0
Geschäftsaufwendungen		- 0,3
SGB II - Erstattungen an den Bund und Gemeinden		- 0,3
Beschäftigungsgesellschaft - Fehlbeträge 2017 und 2018, Personalkostenerstattungen		- 0,3
Amt für Kinder, Jugend und Familie - Transferaufwendungen, Erstattungen an Land und Gemeinden		- 3,1
Amt für Migration und Integration - Transferaufwendungen, Erstattungen an das Land		- 5,0
Straßen - Erhaltung, Unterhaltung und Betriebsdienst		- 0,2

Minderaufwendungen		
Personalaufwendungen	+ 1,3	
Bauunterhalt	+ 0,4	
Gebäudebewirtschaftung	+ 1,1	
Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	+ 0,4	
Aufwendungen für EDV	+ 0,3	
Lehr- und Lernmittel	+ 0,2	
Abschreibungen	+ 0,3	
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (außer AMI)	+ 0,3	
Status quo-Ausgleich (LK erhält Erträge anstatt Aufwendungen)	+ 0,8	
Sozialamt - Transferaufwendungen	+ 0,2	
Leistungen nach SGB II - Unterkunft und Heizung	+ 3,9	
Amt für Migration und Integration - Sonstige Sachaufwendungen	+ 0,3	
Verkehrsbetriebe / ÖPNV - Zuschüsse und Erstattungen	+ 1,1	
Schülerbeförderung - Aufwendungen und Erstattungen	+ 0,3	
Sonstige Veränderungen	+ 0,8	
Veränderung insgesamt		7,3

In der **Finanzrechnung** zeigt sich, dass der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit rd. 12,5 Mio. EUR höher als geplant (Plan 2018: rd. 16,3 Mio. EUR) ausfiel. Mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. rd. 28,8 Mio. EUR konnte die geforderte Mindestliquidität i. H. v. rd. 5,7 Mio. EUR übertroffen werden. Diese deutliche Verbesserung gegenüber der Planung resultiert insbesondere aus dem um rd. 7,7 Mio. EUR verbesserten Ergebnis und den erwirtschafteten Abschreibungen i.H.v. rd. 3,0 Mio. EUR.

Im Jahr 2018 wurde ein **Kredit** i. H. v. 2 Mio. EUR aus der Kreditermächtigung des Jahres 2017 aufgenommen. Der Kreditantrag wurde bereits Ende 2017 gestellt, da zu diesem Zeitpunkt noch von einem entsprechenden Kreditbedarf für das Jahr 2017 ausgegangen worden war. Die Kreditaufnahme erfolgte bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) zu einem Zinssatz von 0,39 % und einer Laufzeit von 10 Jahren.

Die Tilgung im Jahr 2018 belief sich auf rd. 2,9 Mio. EUR. Der Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit betrug somit rd. 0,9 Mio. EUR.

Der Saldo aus **Investitionstätigkeit** betrug rd. 10,0 Mio. EUR und fiel damit rd. 10,5 Mio. EUR niedriger als der Planansatz (rd. 20,5 Mio. EUR) aus. Die Einzahlungen lagen rd. 1,6 Mio. EUR über und die Auszahlungen rd. 8,9 Mio. EUR unter dem Ansatz.

Die **Bilanzsumme zum 31.12.2018** beträgt rd. 205,6 Mio. EUR und hat sich während des Jahres 2018 um rd. 18,9 Mio. EUR erhöht. Wesentliche Veränderungen in der **Vermögensrechnung** waren:

AKTIVA

- Ein Rückgang des Sachvermögens um rd. 3,7 Mio. EUR auf rd. 144,5 Mio. EUR. Den in 2018 angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten von rd. 9,9 Mio. EUR stehen Abschreibungen von rd. 8,9 Mio. EUR und Anlagenabgänge von rd. 4,7 Mio. EUR gegenüber.
- Eine Erhöhung des Finanzvermögens um rd. 19,3 Mio. EUR auf rd. 49,8 Mio. EUR. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus dem um rd. 16,5 Mio. EUR gestiegenen Endbestand an Zahlungsmitteln.
- Eine Erhöhung der Sonderposten für Investitionszuschüsse um rd. 3,3 Mio. EUR auf rd.

5,7 Mio. EUR. Größter Posten bildet der geleistete Investitionskostenzuschuss für den IT-Masterplan an den Gesundheitsverbund. Im Jahr 2018 wurden hiervon rd. 2,6 Mio. EUR abgerufen.

PASSIVA

- Eine Erhöhung der Rücklagen um rd. 16,2 Mio. EUR auf rd. 70,9 Mio. EUR aufgrund des positiven Ergebnisses der Ergebnisrechnung.
- Eine Erhöhung der Rückstellungen um rd. 5,7 Mio. EUR auf rd. 7,7 Mio. EUR. Die Erhöhung resultiert insbesondere aufgrund der liquiditätsstärkenden Maßnahme in Höhe von 5 Mio. EUR für den Gesundheitsverbund.

Hinweis:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden direkt im Rechenschaftsbericht erläutert und bekannt gegeben (S. 223).

Der Jahresabschluss inklusive aller Erläuterungen und Anlagen liegt den Sitzungsunterlagen bei (ANLAGE 1).

Nach Beschlussfassung im Kreistag sowie der Veröffentlichung ist er zudem im Internet unter www.LRAKN.de / Service & Verwaltung / Ämter & Organigramm / Kämmerieamt / Finanzverwaltung / Jahresabschluss 2018 abrufbar.

c) und d)

Aufgrund der Prüfungsergebnisse empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt, den Jahresabschluss 2018 festzustellen. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegt den Sitzungsunterlagen bei (**ANLAGE 2**).

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachverhalt.

Anlagen

Anlage 1 – Jahresabschluss 2018

Anlage 2 – Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des JA 2018

Die Anlagen wurden bereits am 03.07.2020 an alle Mitglieder des Kreisrats versandt.

Zusatz:

Sollte eine nochmalige Übersendung der Anlagen gewünscht werden, wird um entsprechende Rückmeldung gebeten.